



Newsletter

16. Januar 2021

Gesundheit – Produktion des Corona-Impfstoffs in Marburg kann starten

Das Regierungspräsidium Gießen hat Grünes Licht für die Impfstoffproduktionsanlage von BioNTech in Marburg erteilt. Ministerpräsident Volker Bouffier und Staatsministerin Priska Hinz zeigten sich erfreut über das schnelle Genehmigungsverfahren.

Impfungen – Aktuelle Informationen im Netz

In dieser Woche startete die Terminvergabe für die sechs großen Corona-Impfzentren in Hessen. Ab dem kommenden Dienstag geht es dort los – zunächst für die mindestens 80-Jährigen. Alle rund 60.000 verfügbaren Termine wurden zwischenzeitlich vergeben.

Wirtschaft – Unterstützung in Zeiten von Corona

Nachdem der Bund die Software zur Abwicklung der Wirtschaftshilfen freigeschaltet hat, läuft in Hessen seit Mittwoch die Auszahlung der Novemberhilfen für Unternehmen, die wegen des erneuten Lockdowns Anfang November schließen mussten. Einen Tag nach Freischaltung des Verfahrens wurden knapp 1.600 Antragstellern rund 10,6 Millionen Euro erstattet.

Hessentag – „Schäden können wir ersetzen, Menschenleben nicht“

Angesichts der Entwicklung der Corona-Pandemie haben sich die Stadt Fulda als Veranstalterin und das Land Hessen mit großem Bedauern darauf verständigt, den für 21. bis 30. Mai 2021 geplanten Hessentag in Fulda abzusagen.

Außerdem in dieser Ausgabe:

- ▶ Gesundheit – Testpflicht für Personal der stationären Altenhilfe erweitert
- ▶ Finanzen – Erstattung von Kitabeiträgen im Lockdown
- ▶ Europa – Handbuch als Hilfsmittel gegen Judenfeindlichkeit
- ▶ Dreikönigssingen – Engagement gewürdigt
- ▶ Geschichte – „Georg August Zinn war eine herausragende Persönlichkeit“

Zahl der Woche, Link der Woche, Hessenbilder, Impressum

Mehr dazu auf den folgenden Seiten

Gesundheit – Produktion des Corona-Impfstoffs in Marburg kann starten

Das Regierungspräsidium Gießen hat Grünes Licht für die Impfstoffproduktionsanlage von BioNTech in Marburg erteilt. Ministerpräsident Volker Bouffier und Staatsministerin Priska Hinz zeigten sich erfreut über das schnelle Genehmigungsverfahren.

Die Weichen für größere Impfbatchen sind gestellt: Das zuständige Regierungspräsidium Gießen hat die Produktion von SARS-CoV-2-Impfstoff in einer Produktionsanlage in Marburg jetzt genehmigt. „Hessen wird mit der Impfstoffproduktion am Standort Marburg eine zentrale Rolle einnehmen bei der Bekämpfung des Infektionsgeschehens. Der Fortschritt beim Produktionsprozess in Marburg macht uns Mut und lässt uns zuversichtlich in die Zukunft blicken“, erklärte Ministerpräsident Volker Bouffier.

Reibungsloses Genehmigungsverfahren in Rekordzeit

„Die Genehmigung für die Impfstoffproduktionsanlage ist mit Blick auf die aktuellen Infektionszahlen eine wichtige und hoffnungsvolle Nachricht. Ich freue mich, dass wir in Rekordgeschwindigkeit das Genehmigungsverfahren vorantreiben konnten und damit den Weg geebnet haben“, sagte Umweltministerin Priska Hinz, deren Ministerium das Genehmigungsverfahren verantwortet.

Um einen Corona-Impfstoff am Standort Marburg herstellen zu dürfen, war für die Umbaumaßnahmen der bestehenden Anlage und die Herstellung von Covid-19-Impfstoff eine Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz erforderlich. Hierfür hatte die BioNTech SE eigens Ende September ein bestehendes Werk gekauft. Anfang Dezember hatte das Unternehmen die Anträge für einen Umbau und den Betrieb der Anlage gestellt. Das Regierungspräsidium in Gießen hatte unter Verantwortung des Hessischen Umweltministeriums unter Hochdruck die Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens geprüft. Der entsprechende positive Bescheid ist am Freitag dem Unternehmen per Kurier zugestellt worden. Damit liegen die Voraussetzungen für die Produktion des Impfstoffs vor.

Geographische Lage Marburgs ideal

„Das mittelhessische Marburg ist ein idealer Pharma-Standort, zentral gelegen und mit langer Tradition“, sagt Regierungspräsident Dr. Christoph Ullrich. „Und ich bin stolz darauf, dass wir mit einem sehr engagierten Team und der heute übergebenen Genehmigung für den Betrieb dazu beitragen können, dass die Produktion des Corona-Impfstoffs nun so schnell wie möglich starten kann.“ Dabei darf nicht vergessen werden: „Das Genehmigungsverfahren ist sehr anspruchsvoll, da die Anlagen den hohen Anforderungen der Arzneimittelherstellung genügen müssen.“ Für einen möglichst reibungslosen Ablauf des Verfahrens hatte das Unternehmen frühzeitig Kontakt zum RP Gießen aufgenommen und stellte Anfang Dezember den Antrag. Noch vor Weihnachten erfolgte am 18. Dezember die Zulassung für den vorzeitigen Beginn des Um- und Ausbaus. Damit war es der Firma möglich, mit allen Bauarbeiten zu beginnen, die für den Betrieb der Anlage erforderlich sind.

Nachdem die Genehmigung nun erteilt ist, unterliegt die Anlage den regulären behördlichen Kontrollen zum technischen Anlagenbetrieb, wie andere Industrieanlagen dieser Art auch, sowie zusätzliche Überwachungen, etwa nach dem Arzneimittelrecht. Über den tatsächlichen Beginn der Produktion entscheidet die BioNTech Manufacturing Marburg GmbH.

Weitere Informationen.

Impfungen – Aktuelle Informationen im Netz

In dieser Woche startete die Terminvergabe für die sechs großen Corona-Impfzentren in Hessen. Ab dem kommenden Dienstag geht es dort los – zunächst für die mindestens 80-Jährigen. Alle rund 60.000 verfügbaren Termine wurden zwischenzeitlich vergeben. Je mehr Dosen vom Bund kommen, desto mehr Termine können wir zur Verfügung stellen. Sobald neuer Impfstoff eintrifft, geht die Terminvergabe telefonisch über die 116 117 oder 0611 505 92 888 und auf www.impfterminservice.hessen.de weiter. Weitere Informationen.

Wirtschaft – Unterstützung in Zeiten von Corona

Nachdem der Bund die Software zur Abwicklung der Wirtschaftshilfen freigeschaltet hat, läuft in Hessen seit Mittwoch die Auszahlung der Novemberhilfen für Unternehmen, die wegen des erneuten Lockdowns Anfang November schließen mussten. Einen Tag nach Freischaltung des Verfahrens wurden knapp 1.600 Antragstellern rund 10,6 Millionen Euro erstattet, wie Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir, Finanzminister Michael Boddenberg und Innenminister Peter Beuth mitteilten.

Insgesamt sind über Steuerberatungen und Wirtschaftsprüfungsbüros, so genannte prüfende Dritte, in Hessen rund 17.000 Anträge auf Novemberhilfe eingegangen. „Hessen hatte frühzeitig alle organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um beim lange ersehnten Start der Bundessoftware unverzüglich loslegen zu können“, erklärten die Minister. „Die Landesregierung leistet ihren Beitrag, um Hessens Unternehmen in dieser schwierigen Zeit bestmöglich zu unterstützen.“

Bisher waren vom Bund 107 Millionen Euro Abschlagszahlungen überwiesen worden, allerdings wurde nur die Hälfte der Antragssumme und höchstens 50.000 Euro pro Unternehmen als Abschlag gezahlt. Auch für die an die Novemberhilfe anschließende Dezemberhilfe wurden schon 66 Millionen Euro Abschläge gezahlt, die komplette Auszahlung der Dezemberhilfe soll laut Aussage des Bundes Ende Januar starten. Von der seit vergangenem Sommer laufenden Überbrückungshilfe II sind inzwischen rund 127 Millionen Euro bei hessischen Unternehmen angekommen.

Finanziert werden alle drei Programme vom Bund. Die Überbrückungshilfe II soll Unternehmen mit pandemiebedingten Umsatzeinbrüchen zu Gute kommen. November- und Dezemberhilfe zielen dagegen speziell auf Unternehmen,

Selbstständige und Einrichtungen, denen aufgrund einzelner staatlicher Anordnung das Geschäft untersagt wurde. Dabei erstattet der Bund 75 Prozent des durchschnittlichen Umsatzes des Vergleichsmonats des Jahres 2019.

Erstmals profitieren auch Soloselbstständige

Wirtschaftsminister Al-Wazir wies darauf hin, dass die Auszahlung der November- und Dezemberhilfen nicht nur deshalb so dringlich sei, weil viele Unternehmen zum Beispiel aus der Gastronomie oder der Veranstaltungswirtschaft dringend auf die Mittel angewiesen seien. „Die technische Abwicklung der November- und Dezemberhilfe ist laut Aussage des Bundes die Bedingung dafür, dass die daran anschließende Überbrückungshilfe III starten kann. Diese soll rückwirkend zum 16. Dezember vor allem den Unternehmen helfen, die vom Mitte Dezember verschärften Lockdown betroffen sind, zum Beispiel aus dem Einzelhandel und den körpernahen Dienstleistungen.“

Begrüßenswert sei, dass bei den November- und Dezemberhilfen erstmals auch Soloselbstständige Umsatzauffälle geltend machen können, so Al-Wazir. „Das ist eine gute Nachricht. Bisher war diese Gruppe bei den Hilfsprogrammen des Bundes unzureichend berücksichtigt worden. Nach langem Drängen der Länder hat sich der Bund nun auch bei den Bedingungen für die Überbrückungshilfe III etwas bewegt, aber noch nicht genug. Die bei der Überbrückungshilfe III vorgesehene sogenannte Neustarthilfe für Soloselbstständige bleibt mit höchstens 5.000 Euro für sieben Monate deutlich hinter dem zurück, was notwendig wäre. Es müsste aus Sicht der Landesregierung mindestens die sogenannte Pfändungsfreigrenze gelten, also 1.180 Euro pro Monat.“

Bearbeitung der Anträge schnellstmöglich

„Corona zwingt uns alle zu nie für möglich gehaltenen Einschränkungen“, sagte Finanzminister Boddenberg. „Ich verstehe alle, die sich die – in diesem Fall vom Bund – zugesagte Hilfe lieber heute als morgen auf ihrem Konto wünschen. Es geht zwar nicht immer so schnell wie erhofft, aber es geht jetzt endlich voran. Bund und Länder stehen zu ihren Zusagen. Wichtig ist: Die Hilfe für Hessens Wirtschaft kommt an!“

Für Hessen hat das Regierungspräsidium Gießen die Abwicklung der November- und Dezemberhilfe sowie der Überbrückungshilfen übernommen. Das für die Antragsbearbeitung erforderliche Computerprogramm wird vom Bund zur Verfügung gestellt, der allerdings die Funktionen nur schrittweise freigeschaltet hat. „Die Freischaltung erfolgte kurz vor Weihnachten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten dann direkt nach Weihnachten mit der Bearbeitung von Anträgen beginnen, aber erst seit gestern ist die Auszahlung möglich“, erklärte Innenminister Beuth. „Wir haben die Zwischenzeit genutzt, um so viele Anträge wie möglich zur Auszahlung vorzubereiten. Deswegen konnten schon nach einem Tag viele Unternehmen die dringend benötigte Hilfe erhalten.“

Weitere Informationen.

Hessentag – „Schäden können wir ersetzen, Menschenleben nicht“

Angesichts der Entwicklung der Corona-Pandemie haben sich die Stadt Fulda als Veranstalterin und das Land Hessen mit großem Bedauern darauf verständigt, den für 21. bis 30. Mai 2021 geplanten Hessentag in Fulda abzusagen.

„Wir nehmen die große Sehnsucht der Menschen nach dem Hessentag in Fulda wahr“, erklärten Fuldas Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingefeld und der Chef der Hessischen Staatskanzlei, Staatsminister Axel Wintermeyer. „Wir sind uns aber auch unserer Verantwortung für die Sicherheit und Gesundheit der Besucherinnen und Besucher sowie der Mitarbeitenden bewusst. Sie haben oberste Priorität. Unsere Hoffnungen auf einen machbaren Hessentag haben sich aufgrund der schwer kalkulierbaren pandemischen Situation nicht erfüllt. Was bleibt, ist eine durch die erfolgreich umgesetzten Stadtentwicklungsprojekte noch attraktivere Stadt und die großartige Chance auf einen qualitätsvollen Hessentag 2026 in Fulda.“ Der Hessentagsbeirat der Stadt hatte sich zuvor für eine Absage ausgesprochen.

„Uns schmerzt die Absage auch deshalb außerordentlich, weil viele Institutionen, Kirchen, Vereine, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und nicht zuletzt viele Ehrenamtliche als Partner und Mitstreiter des Fuldaer Hessentages großes Engagement an den Tag gelegt und die Planungen aktiv unterstützt haben. Wir danken ihnen dafür sehr“, sagten Wintermeyer und Wingefeld. Der Oberbürgermeister fuhr fort: „Unser Hessentags-Team hat mit Herzblut und Flexibilität ein angepasstes Konzept erarbeitet, das vor dem Hintergrund des Infektionsgeschehens im Sommer 2020 gut funktioniert und nicht zuletzt die dringend erhofften Impulse für Gastronomie, Hotellerie und Handel in der Innenstadt gebracht hätte. In den letzten Wochen haben sich aber die aktuellen Zahlen und die Prognosen für den weiteren Verlauf des Jahres so entwickelt, dass der Hessentag im Jahr 2021 aus unserer Sicht nicht durchführbar sein wird.“

Schutz von Risikogruppen in den Vordergrund stellen

Der Chef der Staatskanzlei betonte, dass es richtig und wichtig sei, jetzt und in Zukunft den Schutz von Risikogruppen in den Vordergrund zu stellen und die Kapazitäten im medizinischen Bereich und bei den Hilfsorganisationen im Blick zu behalten. „Bei aller Enttäuschung: Mit Blick auf die derzeit höchsten Inzidenzwerte Hessens im Kreis Fulda und die besondere Herausforderung durch die mutierte Variante des Virus ist eine andere Entscheidung als die Absage der Stadt derzeit nicht vermittelbar. Der Schutz der Gesundheit steht für die Hessische Landesregierung an erster Stelle. Wirtschaftliche Schäden können wir ersetzen, Menschenleben nicht.“

Wingefeld stellte die positiven Auswirkungen des Hessentages auf die Stadt Fulda heraus. „Dank der Fördermittel des Landes Hessen in Höhe von bis zu 6,5 Millionen Euro können wir eine Reihe von wichtigen Projekten für die Stadtentwicklung realisieren. Dazu gehören die Radbrücke und die Radwege in der Fulda-Aue, die Erweiterung der Tourist Information, die Sanierung des Wegesystems im Schlossgarten sowie des Stadions und die Entwicklung des Kulturhofs. Von diesen und weiteren Projekten werden die Bürgerinnen und Bürger langfristig profitieren.“ Ein schwerer Schlag sei die Absage des Hessentages sicherlich für die Geschäftsinhaber, Gastronomen und Hoteliers in der Innenstadt. „Es bleibt für die

Stadt Fulda ein besonderes Anliegen, diese nach Kräften zu unterstützen und für die Zeit nach der Entspannung des Pandemiegeschehens kreative Ideen zu entwickeln, um die Innenstadt neu zu beleben und den Gemeinschaftssinn zu stärken.“

Hessentagstermin 2026 für Fulda reserviert

Im Namen der Landesregierung sagte Staatsminister Wintermeyer der Stadt zu, sich im Falle eines möglicherweise auftretenden Defizits an den mit der Absage verbundenen, unabwendbaren Kosten der Stadt zu beteiligen. Hierzu stellt das Land bis zu zwei Millionen Euro bereit. Außerdem wird der nächst mögliche Hessentagstermin im Jahr 2026 für Fulda reserviert. „Wir lassen die Stadt Fulda nicht im Regen stehen und unterstützen sie in dieser schwierigen Situation. Die Menschen, die vielen großartigen Partner und natürlich auch wir selbst werden den 60. Hessentag in Fulda schmerzlich vermissen – aber wir hoffen, ihn 2026 in Fulda feiern zu können“, erklärte Wintermeyer.

Weitere Informationen.

Gesundheit – Testpflicht für Personal der stationären Altenhilfe erweitert

Ab Samstag, dem 16. Januar 2021 erfolgen die Testungen für alle Mitarbeitenden mindestens zweimal pro Woche, wie Sozialminister Kai Klose mitteilte. „Weil wir dem Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner oberste Priorität beimessen, ist über die bereits laufenden Impfungen und die konsequente Befolgung der AHA+L-Regeln und Hygienekonzepte hinaus die umfassende und konsequente Unterbindung möglicher Übertragungswege des Virus in die Einrichtungen durch regelmäßige Testungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von zentraler Bedeutung“, stellte Klose fest. Die seit dem 16. Dezember 2020 für die Einrichtungen der stationären Altenhilfe geltende Pflicht zu einer mindestens einmal wöchentlichen und gezielten Testung des Personals, das in der Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Einrichtungen tätig ist, wird angesichts der bundesweit nach wie vor hohen Infektionszahlen in diesen Einrichtungen erweitert. Konkret bedeutet das, Testungen erfolgen für alle Mitarbeitenden mindestens zweimal pro Woche sowie darüber hinaus bei Dienstantritt nach einer Abwesenheit von mehr als drei Tagen. Weitere Informationen.

Finanzen – Erstattung von Kitabeiträgen im Lockdown

Das Land unterstützt Familien und Kommunen mit zwölf Millionen Euro pro Monat, um Kitabeiträge auszugleichen. „Wir bitten die Eltern, ihre Kinder möglichst zu Hause zu betreuen, um Kontakte zu reduzieren“, sagten Finanzminister Michael Boddenberg und Sozialminister Kai Klose. „Viele Familien kommen dem nach und helfen somit, Infektionsrisiken zu verringern. Wenn keine Betreuung in der Kita erfolgt, ist es richtig, dafür auch keine Beiträge zu erheben.“ Die zwölf Millionen Euro stehen zunächst für den Lockdown-Monat Januar zur Verfügung. Sollten die

Beschränkungen verlängert werden, gilt die Unterstützung des Landes weiterhin. Hessen hatte bereits im vergangenen Jahr 40 Millionen Euro bereitgestellt, um Kita-Beiträge für die Zeiten vorübergehender Schließungen mit auszugleichen. Zur konkreten Umsetzung der pauschalen Kompensation der erlassenen Elternbeiträge werden derzeit Gespräche mit den Kommunalen Spitzenverbänden geführt. Weitere Informationen.

Europa – Handbuch als Hilfsmittel gegen Judenfeindlichkeit

Im Engagement gegen die Judenfeindlichkeit hat der Antisemitismusbeauftragte der Landesregierung Uwe Becker das International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)-Handbuch der Europäischen Kommission empfohlen. „Das nun veröffentlichte Handbuch zur IHRA-Definition hilft dabei, den Antisemitismus im Alltag klarer erkennen und analysieren zu können und wird staatlichen Organen wie auch zivilgesellschaftlichen Organisationen dabei helfen, aktiv gegen Judenfeindlichkeit in all ihren Schattierungen vorzugehen“, erklärte Becker. „Dass die Europäische Kommission einen solch praxisorientierten Schritt geht, unterstreicht die Ernsthaftigkeit, mit der man sich unter deutscher Ratspräsidentschaft in der EU für ein Europa ohne Judenhass engagiert.“ Die Hessische Landesregierung habe Ende September des vergangenen Jahres die IHRA-Definition offiziell angenommen und dabei auch das Engagement gegen den israelbezogenen Antisemitismus mit betont. „Das nun veröffentlichte Handbuch zeigt anhand konkreter Beispiele aus der Praxis auf, in welchen Facetten Judenfeindlichkeit in der Gesellschaft vorkommt und wie dieser ganz praktisch begegnet werden kann“, so Becker. Damit erhalte die IHRA-Arbeitsdefinition quasi eine Gebrauchsanweisung im Kampf gegen Antisemitismus „gleich in welcher Schattierung dieser daherkommt.“ Weitere Informationen.

Dreikönigssingen – Engagement gewürdigt

Ministerpräsident Volker Bouffier hat die Arbeit der Sternsingerinnen und Sternsinger als „sehr wertvoll“ bezeichnet. „Sie bringen den Menschen Hoffnung und Zuversicht in einer Zeit, die für viele so dunkel ist. Ihr Segen ist ein Lichtstrahl am Horizont und bringt Freude“, sagte Bouffier in einem Videogrußwort. Der traditionelle Empfang der Sternsingerinnen und Sternsinger in der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden kann in diesem Jahr aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden. Dennoch führen die christlichen Spendensammlerinnen und Spendensammler auch 2021 ihre Dreikönigssingen-Aktion durch, bereits zum 63. Mal. In Zeiten der Pandemie spenden sie den Segen digital und verteilen Segenspakete. Unter dem Motto „Segen bringen, Segen sein. Kindern Halt geben – in der Ukraine und weltweit“ sammeln sie Spenden. Zum Videogrußwort des Ministerpräsidenten und weitere Informationen.

Geschichte – „Georg August Zinn war eine herausragende Persönlichkeit“

Vor 70 Jahren, am 10. Januar 1951, trat Georg August Zinn sein Amt als Hessischer Ministerpräsident an. „Die Verdienste des ehemaligen Hessischen Ministerpräsidenten Georg-August Zinn wirken bis heute nach“, sagte Ministerpräsident Volker Bouffier. Neunzehn Jahre lang lenkte der gebürtige Frankfurter die Geschicke des Landes und hinterließ dabei „große Spuren“, so Bouffier. Georg-August Zinn wirkte maßgeblich an der Ausgestaltung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Hessischen Verfassung mit. Insbesondere die „Hessenpläne“ seien ein Verdienst seines Amtsvorgängers, hob Bouffier hervor. Mit milliardenschweren Investitionsprogrammen für Soziales und Infrastruktur sei es unter Zinns Führung gelungen, dem vom Krieg stark zerstörten Land Hessen schnell und nachhaltig zu wirtschaftlicher Stärke zu verhelfen. Auch die von Georg August Zinn vertretenen menschlichen Werte, wie Toleranz und Offenheit gegenüber anderen Kulturen, seien heute mehr gefragt denn je. Mit klugen Strategien der Integration und Wertevermittlung sowie dem von ihm ins Leben gerufenen Hessentag unter dem Motto „Hesse ist, wer Hesse sein will“ habe Zinn verbindende Elemente zwischen hessischen Bürgerinnen und Bürgern und fast einer Million Geflüchteten und Vertriebenen geschaffen. „Zinn legte damit einen Grundstein für den Dialog der Kulturen, auch dieses Erbe gilt es fortzuführen“, so Bouffier. [Weitere Informationen](#).

Zahl der Woche

53 Buchhandlungen ausgezeichnet

Das Gütesiegel „LeseFreude Hessen – Anerkannter Lesepartner 2020/21“ erhalten 53 Buchhandlungen. Mit dieser Auszeichnung würdigen das Kultusministerium und der Landesverband des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels die kreativen Ideen und das große Engagement in der Unterstützung der Leseförderung. Quelle: [Kultusministerium](#)

Link der Woche

[Der Wald in Hessen](#)

Hessen ist in Sachen Wald zusammen mit Rheinland-Pfalz Spitzenreiter in Deutschland: 42 Prozent des Landes sind von Wald bedeckt. Dieser Themenschwerpunkt stellt vor, mit welchen Maßnahmen sich die Landesregierung für den Schutz und Erhalt der hessischen Wälder einsetzt.

Hessenbilder



Aufbewahrt im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn: Der Stuhl eines Friseursalons der amerikanischen Ray Barracks im hessischen Friedberg. Foto: Stiftung Haus der Geschichte/Axel Thünker

Impressum

Der Newsletter der Hessischen Landesregierung wird herausgegeben von:

Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Str. 1
65183 Wiesbaden

Verantwortlich:
Staatssekretär
Michael Bußer
Sprecher der Landesregierung

Redaktion:
Klaus Euteneuer